



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

19. August 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist soweit – heute tritt der Bundestag zu seiner zweiten Sondersitzung in dieser Sommerpause zusammen. Auf der Tagesordnung: Griechenland. Genauer gesagt, der Antrag des Bundesfinanzministeriums zur Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestags über Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands ([Volltext hier](#)).

+++ Hilfe für Flüchtlinge +++

Die Stadt Darmstadt hat auf dem Gelände der Starkenburg-Kaserne eine Zeltstadt errichtet, die zur Entlastung des Erstaufnahmelaagers in Gießen dient. Bis zum Wochenende werden 600 Flüchtlinge in Darmstadt erwartet.

Seit gestern ist eine Sammelstelle für Sachspenden eingerichtet. Im Gebäude H des ehemaligen EAD-Gelände (Zufahrt über Niersteiner Straße 6) können montags bis freitags zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr Sachspenden abgegeben werden. Auskünfte zu Spenden, die am nötigsten gebraucht werden, erteilt Frau Katharina Emmel im städtischen Amt für Soziales und Prävention, Telefon: 06151/13-2468. Zudem ist auch ein Info-Telefon geschaltet. Bürgerinnen und Bürger, die Flüchtlinge unterstützen wollen, können sich telefonisch unter 06151/13-2300 oder per E-Mail an buengerbeauftragte@darmstadt.de melden.

Nachdem die europäischen Institutionen und der IWF das 3. Hilfsprogramm für Griechenland ausgehandelt und die Euro-Finanzminister letzten Freitag einstimmig empfohlen haben, Griechenland durch ein solches Programm aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus „ESM“ zu unterstützen, wird nun im Bundestag darüber abgestimmt. Das griechische Parlament hat schon mit großer Mehrheit dafür gestimmt und bereits erste Reformen beschlossen.

Der heutige Sitzungstag in Berlin beginnt mit einer Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Dann sind etwas mehr als zwei Stunden für die Debatte vorgesehen und anschließend wird es eine namentliche Abstimmung geben. Die Abgeordneten sind allerdings schon seit gestern zurück in Berlin, denn genau wie in regulären Sitzungswochen wurde diese Sitzung in den Fraktionen vorbereitet. Auch die SPD-Fraktion hat sich gestern getroffen und über das Hilfsprogramm diskutiert. Es gibt eine breite Zustimmung für das ausgehandelte Programm. Was besonders erfreulich ist: Auch die Bundesregierung steht nun geschlossen hinter dem Vorhaben, Griechenland in der Eurozone zu halten. Und zum ersten Mal, seit es Verhandlungen über die griechischen Hilfspakete gibt, herrscht auf allen Seiten eine positive, konstruktive politische Einstellung. Das ist natürlich noch nicht alles und der politische Wille allein wird es nicht richten – aber er ist Voraussetzung dafür, dass die wirtschaftliche Stabilisierung Griechenlands gelingt. Und die Chancen stehen gut, besser als zu irgendeinem früheren Zeitpunkt in den letzten fünf Jahren. Mehr dazu auf der folgenden Seite.

Euse / Brigitta Zypries



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

Bilder: Daniel Becker

Warum ich für das neue Hilfsprogramm bin

- Das Reformprogramm hat großen Rückhalt: drei Viertel der griechischen Abgeordneten haben dafür gestimmt.
- Auch in der Bevölkerung gibt es den entschiedenen Wunsch, das Land im Euro zu halten. Das verschafft der Regierung Rückendeckung für die nötigen Reformmaßnahmen.
- Bei der Sanierung der Staatsfinanzen wurden die Haushaltsziele an die realistischen Möglichkeiten Griechenlands angepasst. Ein Land in tiefer Rezession saniert sich nicht allein durch Sparmaßnahmen.
- Die Privatisierung von Staatsbetrieben soll in Hand gehen mit der Einrichtung professioneller Unternehmensführung. Nachhaltig sanierte, wettbewerbsfähige Betriebe bedeuten nicht nur schnelles Geld, sondern dauerhafte Einnahmen.
- Die Reformen zielen auf den Aufbau eines effizienteren Sozialstaates. Zum ersten Mal soll es auch eine soziale Grundsicherung für alle geben. Das ist ein Vorhaben, das der europäischen Sozialdemokratie besonders wichtig ist.
- Die griechische Verwaltung wird so umgebaut werden, dass der Kampf gegen Korruption endlich aussichtsreich ist.
- Griechenland wird neue strafrechtliche Bestimmungen gegen Steuerhinterziehung einführen und damit den Kampf gegen Steuerhinterziehung in Griechenland und in Europa entscheidend voranbringen.

Eine realistische Chance ist natürlich keine Garantie für Erfolg. Und mit dem Beschluss über ein Hilfsprogramm ist auch noch nicht alle Arbeit getan. Griechenland wird schwierige Reformen umsetzen müssen und auch wir werden uns weiter mit dem Thema beschäftigen. Die nächste drängende Frage ist die nach dem Umgang mit der griechischen Überschuldung. Ohne eine Lösung für dieses Problem ist nicht nur der Erfolg des ESM-Programms gefährdet, sondern es wird sich auch der IWF nicht mehr beteiligen. Schuldenschnitte sind in der Eurozone ausgeschlossen, aber um für Griechenland zu einer Schuldenerleichterung zu kommen, bleiben die Möglichkeiten von langen Laufzeiten und Zinsnachlässen.

Für die Stabilisierung Griechenlands müssen wir uns einsetzen – aus Solidarität und aus eigenem Interesse. In Zeiten globalisierter Märkte bedeutet sie auch eine Stabilisierung der europäischen Währungsunion und Wirtschaft. Und ein wirtschaftlich und politisch starkes Europa ist und bleibt eines unserer wichtigsten Ziele.